

Der Enztäler.

Anzeiger für das Enztal und Umgebung.
Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Druck und Verlag des C. Neuhäuser Buchdruckerei (Inhaber D. Sauer), für die Schriftleitung verantwortlich D. Sauer in Neuenbürg.

Nr. 45.

Dienstag, den 24. Februar 1925.

83. Jahrgang.

Bezugspreis:
Halbmonatlich in Neu-
bürg 75 Goldpf. Durch
die Post im Orts- u. Ober-
amtsbezirk, sowie im
Inhalt im Betr. 75 G. D.
n. Goldpf. 75 G. D.
Freiwillig. Nachherbezug
vorbehalten. Preis einer
Nummer 10 Goldpf.

In Fällen des Gewalt
besteht kein Anspruch auf
Einführung der Zeitung ob-
wohl Rückzahlung des
Bezugspreises.

Bestellungen nehmen alle
Buchhändler, sowie Agen-
turen u. Auslieferungsbü-
ros jederzeit entgegen.

Abon-Numm. Nr. 24
D. N. Oberamt Neuenbürg.

Anzeigenpreis:
Die einsp. Zeilen abh.
deren Raum im Bezirk
15, außer 20 Goldpf.,
Krei. Zeile 50 Goldpf.,
m. 30. - Steuer, 10. -
Anzeigen 100. -
Offerte und Kasko-
erstattung 20 Goldpf.
Bei größeren Aufträgen
Kasko, der im Falle des
Wahnschadens hin-
sichtlich wird, ebenso wenn
Zahlung nicht innerhalb
3 Tagen nach Rechnungs-
datum erfolgt. Bei Tarif-
veränderungen treten so-
fort alle früheren Ver-
einbarungen außer Kraft.
Fernsprecher Nr. 4.
Für telefonische Aufträge
wird keinerlei Gewähr
übernommen.

Pfannkuch
Zur
**Fastnachts-
Bäckerei**
Weizenmehl
Spezial 0
5 Pfd. 1 18 M.
Feinstes
Auszugsmehl
5 Pfd. 1 28 M.
Schöne, vollfrische
Italiener-Eier
10 St. 1 38 M.
Pfannkuch
A. M. H. & C.

Die beliebteste Wette.
Pferdelotterie
15000
12500
1500
1000
Lose zu 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30 Pf. mehr
J. Schweickert, Stuttgart
Markstr. 6 - Kellerei 1
Postfachkonto Stuttgart 2000

Milchkuh.
Dito Blau.
Schönbürg.
Gesangbücher
großer Auswahl empfiehlt
H. Brechtling,
Buchhandl. und Buchbinderei.
Wixenfeld.
Ein schönes 1/2-jähriges
**Zucht-
Rind**
zu verkaufen.
Hauptstraße 23.

Dem. Land.
Stuttgart, 21. Febr. (Berurteilte Nationalsozialisten) Bei dem großen Schöffengericht hatten sich mehrere Nationalsozialisten wegen Mißhandlung von Versammlungsbesuchern zu verantworten. Vor den Reichsgerichtswahlen hatten die Nationalsozialisten eine öffentliche Versammlung nach Walle Coalbau einberufen. Am Schluß der Versammlung wurden einige Kommunisten, die sich beim Abgange des Diktators nicht von den Plätzen erhoben, verprügelt. Das Urteil lautete gegen Stumpf, der schon wiederholt wegen Körperverletzung verurteilt war, auf 5 Wochen Gefängnis wegen gefährlicher Körperverletzung. Er hatte unten auf der Treppe noch einen Versammlungsbesucher einen mitgeschleppten Stuhl über den Kopf geschlagen, wobei der Mißhandelte eine starkblutende Wunde davontrug. Der Referent Schöpflin aus Leipzig erhielt als moralisch Schuldiger 14 Tage Gefängnis. Der Väter Daßh kam mit acht Tagen davon.

Ein Erfolg in der Kriegsschuldfrage.
Auf der letzten Jahresversammlung des Weltbundes für Freundschaftsarbeit der Kirchen, die im Herbst des vergangenen Jahres in Stuttgart gehalten wurde, war nach Vorträgen von Reichsminister Dr. Sauer (Weizsäcker) und Staatspräsident a. D. Dieder (Stuttgart) eine Entschließung an die ausländischen Zweige des Weltbundes angenommen worden mit der Bitte, dafür einzutreten, daß eine internationale Prüfung der Kriegsschuldfrage nach Beendigung aller Kriege durchgeführt werde. Der Schweizer Zweig des Weltbundes hat diesen die Bitte Folge gegeben. Die deutschschweizer Mitglieder sind mit den Bescheidenern einverstanden, die oberste Leitung des Weltbundes in London aufzufordern, sie solle ihren Einfluß bei den maßgebenden Stellen dahin geltend machen, daß die Regierungen Frankreichs, Belgiens und Englands beauftragt werden, eine unparteiische internationale Kommission zur sorgfältigen Prüfung der Schuldfrage einzusetzen u. dieser Einfluß in alle einschlägigen Dokumente zu verzeichnen. In Klarheit und Ehrlichkeit zu helfen im Interesse des Weltfriedens und der Verständigung der Völker, darin glauben die protestantischen Schweizer als Neutrale ihre besondere Aufgabe zu erkennen.

Barma und Konfession verliert sich.
Gegen den Kaufmann Tannenbaum, der als Gewährungsmann für die umfangreichen Verordnungen von Barma befaßten Dokumente, so auch des bekannten Briefes an den Reichskanzler a. D. Bauer gilt, haben die Reichsminister der Weizsäcker Barma Strafanzeige beim Staatsanwalt erstattet. In der Anzeige wird behauptet, daß Tannenbaum verschiedene Angehörige der Amerika in Amsterdamb durch Besprechungen dazu bewogen, Schriftstücke aus dem Weizsäcker Archiv der Amerika an ihn auszuliefern. Die „Börsezeitung“ veröffentlicht eine Zuschrift Tannenbaums, worin er dieser Behauptung entgegentritt und mittelst, daß er sowohl gegen den „Bormann“, als auch gegen die Deutsche Wertarbeit in Berlin, die behauptet haben, er habe Dokumente in Amsterdamb entwendet und sie an die „Börsezeitung“ verkauft, bei der Staatsanwaltschaft Strafantrag wegen öffentlicher Verleumdung und Falschbildung gestellt habe.

Deutschlands Antwort auf polnische Anforderungen.
Berlin, 23. Febr. Vollständig wird mitgeteilt: Nach Meldungen der polnischen Presse, die durch Berichte der deutschen Konsularbehörden in Polen bestätigt werden, haben die polnischen Behörden gemäß Artikel 12 § 2 des deutsch-polnischen Abkommens vom 30. August 1924 den noch in Polen befindlichen deutschen Opanten die Aufforderung zugesandt, das polnische Staatsgebiet innerhalb der vertraglich festgesetzten Fristen zu verlassen. Von nachgeordneten Stellen ist hierbei in einer Reihe von Fällen angeordnet worden, die polnische Regierung mache von ihrem Recht, die Abwanderung der deutschen Opanten zu verlangen, deshalb Gebrauch, weil die deutsche Regierung bereits polnische Opanten ausgewiesen habe. Demgegenüber ist festzustellen, daß auf Seiten der deutschen Regierung von vornherein die Absicht bestand, ihr Verhalten gegenüber den polnischen Opanten in Deutschland, deren Abwanderung zu verlangen die deutschen Behörden berechtigt sind, abhängig zu machen von dem Verhalten der polnischen Regierung gegenüber den deutschen Opanten in Polen. Dies ist auch schon Anfang Januar der polnischen Regierung von dem deutschen Botschafter in Warschau mitgeteilt worden. Bisher war noch nicht einem einzigen polnischen Opanten in Deutschland die Abwanderungsaufforderung zugesandt worden. Nunmehr aber haben die deutschen Behörden die Aufforderung gegeben zu lassen, das Reichsgebiet innerhalb der vertraglichen Fristen zu verlassen und zwar mit dem ausdrücklichen Hinweis, daß die deutsche Regierung von diesem Rechte Gebrauch macht, weil den deutschen Opanten in Polen bereits die Abwanderungsaufforderungen zugegangen seien.

Nach dem Aufwertungsgefehr.
Berlin, 23. Febr. In den nächsten Tagen läuft die dringliche Frist ab, die sich die Regierung im Reichstag zur Aufarbeitung eines Aufwertungsgefehrs erheben hatte, das an Stelle der dritten Steuerreformordnung treten soll. Wie wir erfahren, wird die Reichsregierung diese Frist nicht einhalten können, da die Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Parteien und innerhalb der Wirtschaft neuerdings wieder sehr scharf zutage treten, und die Regierung noch keinen Weg gefunden hat, einen Ausgleich zwischen den widerstrebenden Interessen Gruppen herzustellen. Im Interesse der Allgemeinheit muß diese Verzögerung in der Lösung der Aufwertungsfrage außerordentlich bedauerlich werden, da die Aufwertung der künftigen Gesetzgebung auf dem Anleihemarkt sich ebenso ungünstig auswirkt, wie sie die Wirtschaft in ihrer Bewegungsfreiheit be-

eintrübt. Wie aus New York gemeldet wird, hat das New Yorker Bankhaus J. P. Morgan & Co. größte Händler in deutschen Werten, eine Devisenart an den Kauterungskauf des Reichstags und an die deutsche Regierung gerichtet, in der es bittet, daß die amerikanischen Investoren berücksichtigt würden. Sie wenden sich gegen den Glauben, daß die Spekulation heute höchstens noch eine Million Dollar in Händen habe. Dagegen befinden die ursprünglichen Zeichner heute noch ungefähr 50 Millionen Dollar Kriegsanleihe, und 50 Millionen Dollar seien weiter nach Friedensrichtung in städtischen und privaten Anleihen aufgenommen worden, so daß der aufzunehmende Betrag bescheiden sei. Sie bitten dringend um Berücksichtigung.

Ausland.
Paris, 23. Febr. Auf dem Kongress der Sozialrepublikanischen Partei in Paris wurde ein Antrag auf Ausschluß Briand's eingebracht und einer Kommission überwiesen.
New York, 23. Febr. Der Kraftwagenführer Eugen Stecher, der seinerzeit den Deutschamerikaner Bergdoll auf seiner abenteuerlichen Fahrt aus Chicago über Kanada nach Europa bis Oberboch begleitete, hat sich in Philadelphia der Behörde gestellt.

Frankreich gegen Flottenabrüstung.
Paris, 23. Febr. Senator Henry de Jouvenel, der als Mitglied der französischen Botschaftsdelegation im vorigen September an der Ausarbeitung des Genfer Protokolls teilgenommen hat, hat heute im „Matin“ die Mitteilung gemacht, daß sich seinen Informationen gemäß die französische Regierung weder an der Räumung Kölns vor Abschluß eines Sicherheitsvertrages, noch einer Einschränkung seiner maritimen Leistungen vor dem Zustandekommen eines Garantievertrages mit England einverstanden erklären könne. Jouvenel behauptet, daß Briand unbedingt in diesen beiden Forderungen festhalten werde, und machte auch die Mitteilung, daß der gemäßigtere sozialistische Deputierte und Vertreter Frankreichs in Genf, Paul Boncour, anlässlich der Tagung des Völkerbundrats in zweideutiger Weise Standpunkt zur Kenntnis der Vertreter Englands und Italiens bringen werde. Jouvenel's nationalpolitische Stimmung ist hinreichend bekannt. Es wäre aber eine peinliche Ueberrumpfung für die Vereinigten Staaten, wenn Frankreich die Konferenz über die Einschränkung der Seerüstungen unter den von Jouvenel gemachten Vorbehalten ablehnen würde. Vor einigen Tagen tauchte bereits in diesen französischen politischen Kreisen die Meinung auf, daß Briand gegenwärtig über die Verminderung der französischen Unterseeboot-Rüstungen und über die Reduktion der Luftflotte nicht verhandeln könne. Es wurde auf die englischen Rüstungen hingewiesen. Demgemäß scheint Jouvenel's Standpunkt mit dem Briand's sich zu decken. Das Echo, das diese Abgabe in Washington hervorruft, wird einen Rückschlag auf die französisch-amerikanischen Beziehungen gestatten.

Keine Änderung Deutschlands.
Eine Devisennote bestätigt, daß die englische Regierung, nachdem sie pro forma die Änderung Deutschlands in Paris angeordnet hat, sich mit einem Diktat der Alliierten in der Entwaffnungsfrage einverstanden erklärt.
Paris, 23. Febr. Nach einer Schwadmeldung aus London stehen die britischen Regierungskreise auf dem Standpunkt, daß Deutschland auf der geplanten Abrüstungskonferenz über Fragen des Beschränkter Vertrags im vorliegenden Falle also über Militärkontrolle und Räumung Kölns, nicht gebietet werden dürfe. Die deutschen Vorklagen können zu der Konferenz erst angefaßt werden, wenn die Verhandlungen der Alliierten abgeschlossen wären, um mit ihnen das zur Durchführung der Beschlüsse der Alliierten einschlägige Verfahren festzulegen. Die Konferenz werde wahrscheinlich noch vor der Abreise Chamberlains nach Genf in irgend einer Hauptstadt der Alliierten stattfinden.

Aus Stadt, Bezirk und Umgebung.
Neuenbürg, 23. Febr. In der von der Deutsch-demokratischen Partei auf Sonntag abend in den „Läden“ abgehaltenen öffentlichen Versammlung hatte sich eine zahlreiche Zuhörerschaft aus allen politischen Lagern eingefunden, um einem Vortrag des demokratischen Abgeordneten des Bezirks, Dr. Fritz Rauber, Schwenningen zu lauschen über die politische und wirtschaftliche Lage unter Berücksichtigung der handelspolitischen Verhandlungen mit dem Ausland. Auch aus dem Bezirk war eine größere Zahl von Gästen anwesend. Nach kurzen Begrüßungsworten durch den Vorsitzenden, Oberamtsrathgeber K. Müller, welcher seiner Freude über den zahlreichen Besuch Ausdruck verlieh und nach einleitenden Worten wurde dem Hauptredner das Wort erteilt.
In einem einleitenden Vortrag berührte sich der Redner über das angelegentlich politische und wirtschaftlich hochbedeutende Thema. Nach kurzen Darlegungen über das Zustandekommen seiner Wahl zum Abgeordneten des Bezirks in Verbindung mit den weiteren im Schwarzwalde gelegenen Bezirken und einer Schilderung seiner persönlichen Eigenschaften als Mitglied des Bezirks- und des Gemeinderats wie seiner politischen Einstellung — der Redner war bis 1914 politisch nationalliberal gesinnt und schloß sich erst nach dem Krieg, den er als Reserveoffizier mitmachte und dem Zusammenbruch der damals neuerschaffenen deutsch-demokratischen Partei an — schloß er in kurzen Strichen ein Bild der damaligen schwierigen Lage Deutschlands, die manden verzeichnen ließ, in ihm aber das Bewußtsein färfte, einzutreten in die große Front der damals alle Volksschichten umfassenden deutsch-demokratischen Partei, um mit einem Walle zu bilden gegen die Stürme, die

von Osten und Westen gegen das deutsche Vaterland herandrängten, eine geschlossene Front der Mitte zu bilden, um auszuweichen, was Krieg und Zusammenbruch über sie ließen. Wenn auch Abblühtungen bei seiner Partei erfolgen, so achtet und ehrt er doch die politische Ueberzeugung jedes einzelnen, wenn sie aufrichtig und ehrlich sei. In den großen Fragen der nationalen Befreiung glaube die deutsch-demokratische Partei für sich in Anspruch nehmen zu dürfen, daß sie, was nationales Verantwortlichkeitsgefühl betrifft, diese nationale Befreiung in Land und Reich bis zum äußersten betätigt und in Verfolgung dieses Zieles selbst Verluste der Partei zum Opfer brachte, einzig und allein unter dem Gesichtspunkt des Wohles für das engere und weitere Vaterland. Die Erfahrungen der letzten 1/2 Jahre führten die Partei dahin, in ihrem Teil bemüht zu sein, daß die Landespolitik mit der Reichspolitik nicht in Gegensatz steht und der Selbstherrschen am politischen Horizont nicht durch partikularistische Eigenbrödeli getrübt werde, sondern durch eine vorurteillose Regierung mitgefördert werden müsse.

Die europäische und damit unangenehm für die deutsche Außenpolitik werde beherrscht durch den Nahrungsmittelmarkt in London, wo das Arbeiterkabinett MacDonald nach dem Wahlsieg der konservativen Partei einem solchen Kabinett weichen mußte. Die neueste Rede Herriots in der französischen Kammer und der Beifall der französischen Nationalisten habe gezeigt, daß sich dort eine Umstellung vorbereite. England habe sich auf die politische Rückenbedeckung Europas eingestellt, nicht aus Liebe zu Frankreich, sondern aus Rot, weil es im Sudan, in Indien und Japan alle Hände voll zu tun habe. Im Besitz ringen England und Japan um die Vorkiererschaft, und das erst vor einigen Tagen abgeschlossene Bündnis zwischen Russland und Japan und wenn die neueren Nachrichten kopieren, auch mit China zwingen England, nach einer Billigung der Frankreich zu suchen. In dieser neuen Stellung bringt nun Frankreich, seiner Macht bewußt, die Räumung von Köln und Ruhr in Zusammenhang mit der Tilgung seiner Kriegsschulden und mit der Frage der Leistung des Sicherheitsbattes. Die erste Frage, der Räumung von Köln und Ruhr, gebe es für Frankreich nicht, ohne daß die zweite Frage, die Tilgung seiner Kriegsschulden und die Lösung des Sicherheitsbattes erfolgt ist. England darf aus diesem Grunde nicht räumen und jede französische Regierung müsse den französischen Wählern gegenüber die Tilgung der Kriegsschulden erreicht haben, denn diese wollen keine Steuern bezahlen. England hat nun in der Kriegsschuldenfrage etwas nachgegeben, Frankreich ist aber damit noch nicht zufrieden, es stellt seine Sicherheit immer wieder als bedroht hin und wird unter allen Umständen auf Leistung des Sicherheitsbattes nicht verzichten. Leider ist zu befürchten, daß bei neuen Konferenzen eine Vermingung dieser beiden Ziele auf Kosten Deutschlands erreicht wird. England wird als der Geliebte Frankreichs bezeichnet, und die Frage der Veröffentlichung der Kontrollberichte zeigt, wie England Frankreich zuliebe alles tut, um Frankreich seinen Forderungen zu machen. Diese Kontrollberichte und anderen Veröffentlichungen sollten uns dazu dienen, durch sachliche angeordnete Nationalismus unsere politische Außenposition nicht zu erschweren. Auch uns von der demokratischen Partei muß die Hand bei dieser Art der Behandlung der Räumungsfrage, aber Vermunggründe und das Verantwortlichkeitsgefühl zeigen, neben der deutschen Tapferkeit auch in dieser Frage Disziplin zu üben, speziell der Jugend gegenüber, die, obgleich in ihrem Idealismus, von uns enttäuscht ist. Redner hält es für seine Pflicht, dafür mit einzutreten, um weitere Opfer unserer Jugend zu verhindern, die dem Vaterland nichts nützen, sondern nur Schaden.

Das Verhältnis Deutschlands zu Amerika bezeichnete der Redner insofern als zufriedenstellend, als Amerika bereit sei, uns das zu geben, was wir leider 1914 nicht nahmen, die silbernen Äpfel für unsere Wirtschaft. Es läge aber davon ab, daß der Dawesplan klappe. Darum gebe es gar nichts anderes in der Außenpolitik als Erfüllungspolitik zu treiben.
Die Innenpolitik muß sich namentlich in Bezug auf das Steuerwesen in einer gerechten Kostenberechnung auswirken, es muß eine Innenpolitik getrieben werden, die allen Teilen des deutschen Volkes dient und alle einigt. Eine Regierung ist nur dann zu begründen, wenn sie bemüht ist, positive Arbeit zu leisten, weniger in den Parlamenten durch Reden, als durch Arbeit in den Beamtenstellen und Verwaltungen. Alles was während der Inflationszeit Unreines angebracht wurde, muß entfernt, rücksichtslos muß durchgegriffen werden. Es geht nicht mehr so weiter, daß vor lauter Parteipolitik die produktive Wirtschaft leidet. Redner bezeichnete es mit als sein Wirtschaftsprogramm, alles einzusehen, damit eine zweite Inflation verhindert wird und stabile Verhältnisse wieder erhalten bleiben. Bewußt, daß mit der Annahme des Londoner Abkommens die Stabilität noch nicht gewährleistet ist und die Divergenz sich hätte Redner gewünscht, daß damals ein Kabinett von Derg bis Reil zu Stande gekommen wäre. Man hätte sollen einen Schritt unter alles machen, was geschrieben, gesprochen und gesündigt wurde. Leider habe damals die große Stunde kein großes Volk gefunden. Der Pulschlag im Wirtschaftskörper, der glücklicherweise durch die Stabilisierung eine Senkung erfuhr, konnte sich nicht kräftiger entfalten, weil ihm eine Kräftigung des Blutumlaufes schelte. Die Stilllegung der Werke zuerst im Norden und später im Süden Deutschlands bedingte die Unfähigkeit die Situation und zeigte den wirtschaftlichen Abgrund. Die Stilllegung der Rotenpresse ermöglichte eine Verlangsamung des Staats, durch rücksichtsloses Sparen wurde eine Stabilität erreicht, bei der wir aber auf die Dauer zu Grunde gegangen wären. Es mußte versucht werden, die Rohstoffe des Auslandes uns zuzuführen und zu verarbeiten, mit diesen unseren Wirtschaftserzeugnissen über die Grenzen hinaus in die fernsten Welten zu bringen und uns damit die Mittel zu

den Döllbau. Im Jahre 1894
schloß für 46 Mill. Trolern
und dabei wurde dieses auslä-
ndische Schiff als das ein-
zigste für das heimische Schiff-
bauunternehmen, worin von
die Förderung des heimischen
Schiffbau- und Schiffbauunter-
nehmens von Schiffbauern und
von Schiffbauern, Döllbau,
Schiffbauern soll eine Beförderung
überflüssigen ausländischen

In letzter Zeit ließ sich eine
Welle umher, die Leute mit
ihren Lebensmitteln und Abfall-
stoffen von Württemberg zu
zeichnen sind die Kräfte von
Hochland. Wie sich die
Dingen, erfahren sie, daß diese

Handel und Verkehr.

Die Reichsbahnverwaltung
für den Jahresabschluss
veröffentlichen. Wir machen
darauf, als der Entwurf einer
Reise insbesondere auf der
Kontinentalen dringlichen Wünsche

In der Zeit vom 5. Juni bis
zum 30. September 1903
an 8.34 mit Anschlag an den
28. und 934 mit Anschlag
an 7.36 abends, Calw
an 12.27 nach Heilbronn,
10.30, Calw 9.29, Heilbronn
an 1.18 abends, Calw 9.22, Heilbronn
an 1.18 abends.

Calw 7.50, Heilbronn
bis 30. September ausfahren
auf: Cullagen ab 4.57 Am.
10 abends, verkehrt 4. Stunden
1.10, Heilbronn an 11.47 abends.

ausgenommen Samstags -
verkehr verkehren Zug 913, Heilbronn
ab 1.21, Cullagen ab 9.18, Heilbronn
an 1.21 bis 30. September Sonntags
Calw an 7.24 mit Anschlag nach
8 (mit Anschlag von Stuttgart)
an 7.40, Heilbronn an
Calw ab 8.23 Am., Heilbronn
verkehren, während im Sommer
fahren werden soll: Zug 938,
7.45, Heilbronn an 8.45 Am.
Juli bis 15. Sept. wieder Salzwedel
Freudenstadt und Wils-
bach 12.40 Am., Heilbronn 2.25
ab 4.15, Wilsbach an 4.50 Am.
Heilbronn an 1.13, ab 1.21 Heilbronn
an Frankfurt 4.44, mit Anschlag
an Calw 5.02, Heilbronn 5.49
nach Heilbronn und Heilbronn
Heilbronn 12.04, Calw 12.38
1.49, ab 1.21 nach Frankfurt.
Wilsbach verkehren wieder alle
den wird auch der seit 5. October
an 7.54 Am., Heilbronn an 7.41

Die Züge Stuttgart ab 7.25 Am.
ab 3.27 Am., Stuttgart an
verkehren. Ausfahrungsverkehr:
852, Stuttgart ab 5.48 Am.
ab Teinach und Heilbronn
ab 6.32 Am., Calw ab 7.00
tags, Solange der Zug 934
verkehrt, wird der Zug 875
Stuttgart an 10.15 abds.

Es verkehren ähnliche Züge
3, Sonntags, Heilbronn ab 8.46
erhalten Anschlag von dem
ab 8.38, der Zug 96 Weick
Zug 54 Sonntags, Heilbronn
zum Anschlag an den Cullagen
ab 7.54 Am., Heilbronn an 7.41

kurzen wurden, wie seit
die Krankenschwestern (Diakon-
sinnen) 7 Uhr von einem weichen

wie Frauenhaare wolle

es ist kein anderer als
Befehle. Herr, Herrchen,
eine Frau, murmelte er leise
Hörten.

agte der Schneider,
einen frischen Krug - aber
es wert.

Blauen Deck" erlöschten war,
er breiten Dichtauf, auf die
ließ die Ereignisse des bew-
Beste vorüberziehen. Er
schonfahrungen zufrieden sein:
so in der Halle und kam in
Daß seine Anwesenheit in
dem Morgenrauschen bekannt

allein reifen, begann er bald
Vogel nicht erkennen - der
Bewor der Zurücker des
Hüttelmeisters und verlor ihn
eicht ihm sicher an Geld und
den brennenden daß auf den
Herr, Herrchen - die soll
ich wieder nach dem Gollern
ein Goldgulden zu empfangen
über die Rechte er sich zur Seite

og begonnen gedacht, als sich
in der Hand angebracht und
hängt war, halb öffnete und
Augen erlöschten und gebannt
erte des Spielmanns lauschte
er, sobald die ruhigen Atme-
r, und in dem dunklen Raum

folgt)

französischen Soldaten verfolgt und auf der Eingangstreppe zu dem
Hause, wo die Kranke wohnte, überfallen. Der Soldat packte zu-
nächst die ältere Krankenschwester an der Brust und griff auf die
Frage der Ueberfallenen, was er denn eigentlich wolle, an den Säbel
mit den Worten: „Du verfluchte!“. Der Ueberfallenen gelang es, sich
loszureißen und die Haustür zu öffnen, worauf der Soldat die zweite
Schwester anpackte und unter Bedrohung mit dem gezogenen Säbel
bedrängte. Auf die Hilfe der Schwwestern stürzte ein Hausherr
herbei, worauf der edle Sohn der großen nation die Flucht ergriff.

Neuargemünd, 23. Februar. Eine durch einen hiesigen Schiffer
vollbrachte Lebensrettung wird aus Holland berichtet. Ein Fabrikant
fuhr in Alkmaar mit Frau und zwei Töchtern mit keinem Kraft-
wagen direkt in die tiefe Waal. Sie wären höher alle ertrunken,
wenn nicht der hiesige Schiffer Hanns Böhlinger, der mit seinem
Schiff in der Nähe vor Anker lag, durch sein mutiges und energisches
Eingreifen die achtjährige Tochter den Fluten entziehen hätte. Am
gleichen Tage wollte sich an derselben Stelle eine junge Deutsche
ertränken. Auch diese wurde von Böhlinger gerettet. Der Polizei-
bericht und mehrere holländische Blätter haben die Tat unseres Land-
mannes sehr lobend hervor.

Schweringen, 23. Febr. Ein sehr übles Faltmachergeschäft hat
die Reichsbahnbahngesellschaft den Arbeitern des Schweringer Ellen-
bahnhofsbestenfalls beschert. Am Samstag wurden nicht weni-
ger als 98 Arbeiter abgebaut, die nun der Erwerbslosenunterstützung
und der Not preisgegeben sind.

Wettersheim, 23. Februar. Hier stehen jetzt die Mandelbäume in
voller Blüte.

Vermischtes.

Zwei Arbeiter bei einem Kellersturz getötet. Bei Ab-
brucharbeiten an einem Bierkeller in dem Ort Offenbach bei
Landsberg blies plötzlich das Gewölbe ein und begrub vier Ar-
beiter unter sich. Zwei der Männer konnte man nur noch als
Leichen bergen, während die beiden anderen sich aus ihrer
mühsamen Lage selbst befreien konnten. Der Keller liegt 15 Meter
unter der Erde und war bis vor Jahren als Bierkeller in Be-
nutzung.

25 000 Personen in Rußland an der Pest gestorben. Nach
einer Meldung aus Moskau sind, wie der amtliche Bericht des
Gesundheitsausschusses feststellt, 25 000 Personen in Rußland
an der Pest gestorben.

Handel und Verkehr.

Stuttgart, 23. Febr. (Landesproduktentörte.) Auf dem Getreide-
markt sind keine wesentlichen Veränderungen zu verzeichnen. Die
Stimmung sieht sich wohl etwas freundlicher an; die Unternehmungslust
ist aber noch wie vor nicht von großer Bedeutung. Es notieren je
100 Kilo: Weizen 22.5 bis 26.5 (unv.), Sommergerste 25-30 (unv.),
Kornen 22.5-26.5 (23-26.5), Hafer 14.5-20 (unv.), Weizenmehl
44.5-46 (unv.), Brotmehl 30.5-41 (unv.), Rie 14.5-15 (unv.),
Weizenru 7-8 (unv.), Kleber 8-9 (unv.), drahtgepreßtes Stroh
4.5-5.5 (unv.) Markt.

Neueste Nachrichten.

Stuttgart, 23. Febr. Dem Vernehmen nach ist die Dollaranleihe
der württembergischen Städte in der letzten Woche endgültig
aufgegeben.

Ulm, 23. Februar. Nachdem Reichshändler Dr. Luther in Köln
ausgesprochen hat, daß die Rheinlande nicht als Reparationsprovinz
dienen dürften, hat amlich der Kaiserin des Reichshändlers
Dr. Luther in Stuttgart Dr. Karl Wagner, Ulm, an denselben fol-
gendes Telegramm geschickt: „Die Reichsanleihegläubiger und Sparrer
wollen nicht länger als Reparationsprovinz behandelt werden. Sie
verlangen gleiches Recht für alle.“ Dasselbe gilt für die Auslands-
deutschen, deren Vermögen Reparationsgut geworden ist. Die Re-
parationsprovinz billigen nachträglich die ohne Befehl oder auch nur
Verordnung erfolgte Auszahlung der sog. Anleihe. Man muß
auch vom Reichstag verlangen, daß er an die Stellung der Anleihe-
nehmer die Verbindung knüpft, daß die Regierung nun endlich auch
den Anleihe- und anderen Staatsgläubigern Gerechtigkeit wider-
fahren läßt.

Dortmund, 23. Februar. Das Reichsarbeitsministerium hat den
Schiedspruch über die Arbeitszeit der Arbeiter im Ruhrbergbau vom
5. Februar 1903 voll verbindlich erklärt.

Röbling, 23. Februar. Am Samstag fuhr ein Kohlenzug in die
Spiegelscheibe einer Werkstatt und erlöschte mehrere auf dem Bürger-
steig befindliche Personen, die unter die Räder kamen und zum Teil
entwärtlich ausgerückt wurden. Ein Familienpaar ist den erlöschten
Verletzungen erlegen.

Hirschberg i. N., 23. Febr. Seit Sonntag abend schneit es im
Gebirge und auch im Tal. Der Neuschnee im Gebirge liegt jezt
bis zwanzig Zentimeter hoch. Auch im Tal ist Schnee liegen geblie-
ben. Die sportlichen Verhältnisse sind gut. Die Schilfbahnen
reichen wieder bis ins Tal herab.

Bielefeld, 23. Febr. Die Arbeiter der fünf Großbetriebe Dür-
kopp-Werke, Anker-Werke, Götische-Werke, Koch u. Adler-Wäl-
zmaschinenwerke in Bielefeld von 7000 Mann haben die Arbeit nieder-
gelegt, nachdem ein Schiedspruch über die Löhne in einer Urab-
stimmung mit überwältigender Mehrheit abgelehnt worden war.
Daraufhin sind die Arbeiter auch in den nicht betrieblenen Betrieben
ausgesperrt worden. Die Zahl der streikenden Arbeiter dürfte sich auf
18 000 belaufen.

Leipzig, 23. Febr. Vor der 5. Strafkammer des Landgerichts
Leipzig hatte sich am Montag der verantwortliche Redakteur der
hiesigen „Volkszeitung“, Walter Freytag, wegen öffentlicher Belei-
digung des Bürgermeisters Paulsche-Schkeuditz zu verantworten.
Paulsche erhob Privatklage gegen Freytag, der jedoch vom Schöff-
engericht freigesprochen wurde. Die Strafkammer hob das Urteil auf
und verurteilte Freytag wegen schwerer öffentlicher Beleidigung zu
20 Mark Geldstrafe.

Chemnitz, 23. Febr. Dieser Tage besuchten zwei Mitglieder der
alliierten Kommission, ein Engländer und ein Japaner, unter Führung
von Mitgliedern des Chemnitzer Vereins die Luftfahrt des Flugplatz-
geländes, das nach der Meinung der Exzelle eine Bedrohung der
Hochschiffahrt bedeute. Die beiden Herren, die von Chemnitz nach
Wien fahren, haben sich von der Grundlosigkeit dieser Behauptung
überzeugen können.

Seitzberg, 23. Februar. Auf der Grube Sülzaberglich bei
Seitzberg wurden zwei Arbeiter durch das Plagen eines Dampf-
rohrs schwer verbrüht. Während der eine sofort tot war, starb der
andere kurz darauf im Krankenhaus.

Berlin, 23. Febr. In hiesiger ausländischer Siele wird erklärt,
daß die Redaktionen von einem offiziellen deutschen Schritt in Lon-
don in der Frage der Wahrung Deutschlands bei den Verhandlun-
gen über den Kontrollbericht nicht den Tauschen entziehen.

Berlin, 23. Febr. In dem Prozeß wegen der Boshälzung bei
der Poststelle des Bezirksamts Tiergarten und beim Kessler 11
wurden die Angeklagten entgegen den beantragten Zuchthausstrafen
zu folgenden Gefängnisstrafen verurteilt: Polizeikommissar Schulz zu
einem Jahr und 100 Mark Geldstrafe, Dietrich, Gömer und
Wannow zu je acht Monaten, Polizeihauptwachmeister Köhler
und Polizeikommissar Schwarz zu je fünf Monaten und die Ange-
klagte Feldmann wegen fortgesetzter Anstiftung zu acht Monaten zwei
Wochen Gefängnis verurteilt. Die übrigen Angeklagten wurden
wegen Mangels an Beweisen freigesprochen. Die Entscheidung wurde
darüber, ob den Verurteilten die Beamtenfähigkeit abzusprechen ist
überläßt das Gericht die Entscheidung der Disziplinardirektion.

Stettin, 23. Febr. Montag vormittag ist ein Militärflug-
zeug in den Reich von Wlirsch gestürzt. Der Flieger ist ertrunken.

Kreis, 23. Februar. Die Stadt Radmanich in der Nähe von
Daimanik wurde vollständig durch Feuer zerstört. 30 Personen
wurden getötet, 38 schwer verletzt, 500 Häuser sind abgebrannt.

Newport, 23. Febr. Die „Newport Times“ meldet aus Was-
hington: Admiral Moffett erklärte, der Bermuda-Flug der „Cos-
ta“ sei ein voller Erfolg gewesen. Er sei unternommen worden,

um den Wert der Luftschiffe dieser Bauart für Handelszwecke zu
bestimmen. Er prognostiziert einen baldigen jahresplanmäßigen Luftschiff-
dienst.

Die Thüringer Kreisratswahlen.

Weimar, 23. Febr. Die gestrigen Kreisratswahlen im
Land Thüringen haben bis jetzt folgendes Ergebnis gehabt:
Landkreis Weimar: Sozialdemokratie 10 831, Kommunisten
7063, Bürgerlich-Wirtschaftliche Vereinigung 18 577. Die sozia-
listisch-kommunistische Mehrheit im Kreisrat bleibt bestehen. —
Kreis Sonneberg: Gewählt sind 6 Bürgerliche, 5 Sozialdemo-
kraten, 2 Kommunisten. — Kreis Weimaringen: Gewählt sind
Landbund 4, Sozialdemokraten 5, Deutschnationaler 1, Deutsche
Volkspartei 3, Kommunisten 1 und Wirtschaftspartei 1. —
Kreis: Gewählt sind Sozialdemokraten 4, Kommunisten 1, Bür-
gerlich-Wirtschaftliche Vereinigung 3, Bauernbund 4. — Son-
derhausen: Gewählt sind Landbund 4, Sozialdemokraten 3,
bürgerliche Einheitsfront 2, Wirtschaftliche Vereinigung 1, Kom-
munisten 1.

Die Stimme der Wählerchaft.

Köln, 24. Febr. Der landwirtschaftliche Beirat der rheini-
schen Zentrumspartei beschäftigte sich auf seiner Kölner Tagung
sehr eingehend mit der Fragestellung der beiden Abgeordneten
von Boppe und Voerath durch die Zentrumsfraction des preu-
sischen Landtages. Die Versammlung erklärte, daß sie sich mit
aller Entschiedenheit auf die Seite der gemäßigten Abgeord-
neten stelle. Der Beschluß soll der Parteileitung mitgeteilt
werden. Inzwischen hat sich auch der Landtagsabgeordnete
Reumann mit den beiden Gemäßigten solidarisch erklärt.
Auch der landwirtschaftliche Beirat der westfälischen Zentrum-
partei wird sich auf seiner Tagung in Hamm mit dieser Frage
beschäftigen. Wie aus seinen Kreisen berichtet wird, sei mit
aller Bestimmtheit zu erwarten, daß er sich genau so wie der
rheinische Zentrumsrat hinter die gemäßigten Abgeord-
neten stellen wird.

Der Ufels-Prozeß.

Leipzig, 23. Febr. Die Vernehmung des Angeklagten Mar-
gares wurde heute fortgesetzt. Der Angeklagte äußerte sich über
die Basillenangelegenheit dahin, daß das Wort „Ufela“ im
deutschen Schrift aufgeschrieben war, weshalb er glaube, daß
auch Cholera-Bakterien dabei waren. Was die Dum-Dum-
Geschosse betrafte, so habe er eine Parabelkugel mit ab-
gestumpfter Munition gehabt, die er von der Polizei im Ruhr-
gebiet erhielt. Er selbst habe keine Geschosse abgefeuert. Im
Falle Schines sei er nicht beteiligt gewesen, weil er infolge
eines Unfalls im Bett lag. Im Falle Vorhug war er mit der
Beobachtung der Wille beauftragt worden. Er hatte den Vor-
schlag gemacht, Vorhug bei einem Jagdvergnügen durch einen
unfalligen Fehlschuß zu erlöschten. Im Falle Reichs träten
die Schilderungen Reumanns im großen Ganzen zu. Das Geld
für die Arbeit bekam Reumann durch einen Unfall in die Hände.
Es waren 433 Dollar und 700 Mark in deutschem Geld. Im
weiteren Verlauf gab der Angeklagte Margies Auskunft über
den Auftrag zur Erledigung des Ufels-Jauchs. Reumann
habe gesagt: „Grüßen Sie den Jauche, aber töten Sie ihn nicht.“
Der Angeklagte habe sich erkundigt und gehört, daß Jauche
niemals Kommissar war und als Spitzel gar nicht in Frage
käme. Reumann sei damals in einer niedergeborenen Stim-
mung, ähnlich wie nach der Tat gegen Reichs, gewesen und
habe gesagt: er nehme kein Meisidelen mehr auf sein Ge-
wissen. Er habe nicht die Absicht gehabt, Reichs zu erlöschten,
Margies äußerte sich weiter über den Verdacht gegen König,
der auch ihn habe „verschütt“ geben lassen wollen. Er gab
dann noch Auskunft über die Fälle Wegel, Schlotter, Holz und
Vorhug. Inwieweit der Vernehmung und dem Vorstehenden kam
es zu einer längeren Aussprache, als Rechtsanwalt Wagners
den Antrag stellte, den Angeklagten Margies über die Art der
Vernehmung bei der Staatspartei Polizei zu hören. Das Ge-
richt sah sich zur Beratung zurück und verhandelte den Be-
schluß, daß es unangenehm sei, in die Verhandlungsweise des
Vorstehenden einzugreifen. Von der Vernehmung wurde bean-
tragt, dem Angeklagten Einzelklärungen zu den Angaben
Reumanns und Boeges zu gestatten. Nach längerer Beratung
entschloß sich das Gericht dahin, daß eine Befragung der
Vernehmung nicht vorliege, wenn der Vorstehende das Wort zu
solchen Erklärungen erst zu einem späteren Zeitpunkt erteilen
wolle. Die Klärung der ganzen Angelegenheit liege nicht nur
im Interesse der Beamten, sondern in erster Linie im Inter-
esse der Angeklagten selbst und im allgemeinen Interesse. Die
verloste Aufklärung sei nur möglich, wenn die Angaben Reumanns
geklärt werden, denen die Beweise gemacht worden sind. Es
trat nun eine Pause ein, in der darüber beraten wird, in we-
cher Weise die Verhandlungen während der Messe fortgeführt
werden sollen.

Gesandtschaften.

Berlin, 23. Febr. Im Auswärtigen Amt scheint man so-
genannte Gesandtschaften zu treiben. Allerdings nur dem
deutschen Volke gegenüber. Jedenfalls diesen seit Tagen in
London und Paris die Spaten von den Dächern, daß von deut-
scher Seite an die Alliierten ein Vorschlag gemacht sei, die
ganze Entwaffnungsfrage auf einer allgemeinen Konferenz
unter Einziehung Deutschlands zu regeln. Heute kam sogar
aus London die Meldung, daß sich das englische Kabinett am
Mittwoch mit diesem „deutschen Vorschlag“ beschäftigen werde,
während am Samstag und Sonntag die Berliner Reichspresse
gegen eine Zulassung Deutschlands auf das schärfste protestierte.
Man ist es ja allgemein bekannt, daß die deutsche Regierung
durch ihre Minister verschiedentlich verstanden ließ, daß sie den
besten Anstoß in einer mündlichen Aussprache sehe. Am
Montag aber will man sich im Berliner Auswärtigen Amt
weder auf diese Stellungnahme der Regierung besinnen, noch
zu einem klaren Ja oder Nein aufraffen können. Erst gegen
Abend entschloß man sich, die Meldungen über den deutschen
Vorschlag nicht zu bemerken, nachdem man mittags
ihm schon halb und halb zugegeben hatte. Das ist allerdings
ein Verfahren, das geeignet ist, die größten Verzerrungen
herbeizuführen. Wenn man in London und Paris in aller Ge-
heimlichkeit von einem deutschen Vorschlag spricht, dann dürfte
doch für die Berliner Regierung nicht mehr die leiseste Ver-
anlassung vorhanden sein, sich weiterhin ins Schwärzen zu
hüllen. Oder ist das Dementi des Auswärtigen Amtes dahin
auszulegen, daß einem der Alliierten, dem die ganze Entwaf-
nungs- und Sicherheitsfrage schon zu dumm geworden ist, und
der sich durch eine neue alliierte Note nicht lächerlich machen
möchte, die Reichsregierung aufgefordert hat, eine mündliche
Aussprache zu beantragen?

Deutschlands Reparationsleistungen.

Berlin, 23. Febr. Der Generalagent für die Reparations-
zahlungen, Barter Gilbert, hat einen Bericht über die Aus-
gangs einer Reise veröffentlicht. Die über die deutschen
Leistungen und ihre Verwendung bis zum 21. Januar Rechenschaft
gibt. Die Gesamtsumme der ersten Jahresannuität, die
bis jetzt eingezogen ist, beträgt 394 1/2 Millionen Goldmark.
Von dieser Summe entfallen 36 Millionen auf die Auswärtige
Anleihe Deutschlands, davon haben Frankreich 161,4 Mil-
lionen, Großbritannien 8,1 Millionen, Belgien 38,8 Millionen,
Italien 2,4 Millionen, Japan 1,2 Millionen, Südslawen 11,9
Millionen, Portugal 2,2 Millionen, Rumänien 2,8 Millionen,
Griechenland 0,95 Millionen erhalten. Alle diese Zahlungen
sind in Gehalt von Sachleistungen erfolgt mit Ausnahme der

Reparationsleistungsgelder von 36 v. S. der deutschen
Einfuhr nach England und Frankreich. Auf diesem Konto sind
für England 67,5 Millionen, für Frankreich 1,5 Millionen ge-
bucht worden. Für die Kommissionen sind von den eingezogenen
Geldern etwa 22 Millionen für die Beizugsstellen in
Reichswart ebenfalls etwa 22 Millionen gebucht worden. Von
den Gesamtsummen sind für Zahlungen 394,4 Millionen ver-
wendet worden, so daß der Bestand bei der Reichsbank am
31. Januar 13,1 Millionen beträgt. Die Kosten, die die Inter-
alliierte Kommission vor und nach der Abstimmung in Nord-
schleswig verursacht hat, sind jetzt festgestellt worden. Sie be-
tragen 3 388 467 Kronen, von denen auf die Belegung des
Landes mit Engländern und Franzosen 1 360 000 Kronen kom-
men. Auf die Zivilverwaltung entfallen 1 527 866 Kronen.

Aus dem preussischen Barmer Ausschuß.

Berlin, 23. Febr. In der heutigen Sitzung des preussischen
Untersuchungsausschusses wurde ein Schreiben des säch-
sischen Gesandten Dr. Gradnauer verlesen, der sich gegen die
Aussage wendet, daß er von Barmer 1000 holländische Gulden
erhalten habe. Es handele sich um einen wesentlich geringeren
Betrag, der ausschließlich zu wohltätigen Zwecken Verwendung
gefunden habe. Weiter gab der Vorsitzende Schreiben des frühe-
ren Reichswirtschaftsministers Schmale und des früheren Reichs-
präsidenten Kirch bekannt, die sich ebenfalls gegen ver-
schiedene Aussagen wenden. Der Ausschuß begann dann
mit der Vernehmung der Zeugin Birk, Frau Birk sagte aus,
daß sie nach Krügers Diktat im Büro des Reichspräsidenten
wiederholt Empfehlungsbriefe für Barmer geschrieben habe.
Sie habe das Gefühl gehabt, daß Krüger die Ausstellung dieser
Empfehlungsbriefe für Barmer unangenehm war. Auf ausdrück-
liche Anordnung Krügers seien diese Empfehlungsbriefe ohne
Kopie gemacht worden. Die Zeugin erklärte weiter, daß es
durchaus nicht unmöglich, sondern die Regel gewesen sei, wenn
Briele mit der Unterschrift „Der Reichspräsident“ im Auftrag
Krügers hinausgingen. Es wurde dem Oberrechnungsrat Bry
vom Büro des Reichspräsidenten vernommen. Der Junge Bau-
meister stellte an den Vorsitzenden die Frage, ob der Aus-
schuß jemanden zur Auslage zwingen könne, was der Vorsitzende
unter Hinweis auf die Strafprozessordnung bejahte. Bau-
meister stellte weiter die Frage, woraus er die moralische und
fachliche Qualifikation derjenigen erlernen sollte, die ihn hier
anhören wollten, worauf der Vorsitzende erwiderte, daß der
Ausschuß entsprechend der Befassung zusammengesetzt sei, wo-
mit sich Baumeister abzufinden habe. Zur Sache erklärte dann
der Junge, daß er keinen Barmer kenne und niemals in Be-
ziehungen mit ihm gestanden habe. Da der Junge Davidsohn
infolge einer Reise nach dem Westen am Erscheinen verhindert
war, beschloß der Ausschuß, die Vernehmung des Jungen Bau-
meister abzubrechen. Die nächste Sitzung findet Donnerstag,
vormittags 10 Uhr statt.

Der Reichspräsident an Blinddarmentzündung erkrankt.

Berlin, 23. Febr. Reichspräsident Ebert ist an einer
Blinddarmentzündung erkrankt und muß sich einer Operation
unterziehen. Die Professor Bier nach heute Nacht vornehmen
wird. Die verfassungsmäßige Vertretung des Reichspräsidenten
ist dem Reichskanzler Dr. Luther übertragen.
Berlin, 24. Febr. Die Operation, der sich Reichsprä-
sident Ebert heute nach unterziehen mußte, ist gut verlaufen.

Verhaftung einer Räuberbande.

Hamburg, 23. Febr. Die Polizei verhaftete drei Mitglieder
Amerikaner Mac Millan und den 19-jährigen Amerikaner
George Dornen wegen Teilnahme an einem Ueberfall, den sie
im vergangenen Jahre gemeinschaftlich mit einer Reihe anderer
Banditen auf das Motorschiff „Beronica“ an der Küste von
Long-Island unternommen hatten. Der Ueberfall war von
dem Ueberfall rund 2000 Rifen Spirituosen im Werte von
680 000 Dollar in die Hände gefallen. Der Ueberfall war un-
ternommen worden, um die Versicherungssumme von der Süd-
deutschen Versicherungs-Gesellschaft zu erlangen. Der Führer
der Bande, der aus New York i. B. gebürtige Kaufmann Hart-
mann, konnte bisher noch nicht festgenommen werden.

Die Ueberweisung des Kontrollberichts und Weiterleitung durch den Obersten Militärart an die Vorkonferenz am Freitag.

Paris, 23. Febr. Das internationalisierte Militärkabinett in Ver-
sailles wird sein Gutachten über den Bericht der Entwaffnungs-

Gelegenheit zu sparen haben Sie am besten, wenn Sie Ihren Bedarf in Anzügen, Mänteln, Gummimänteln, Codenjoppen, Windjaken u. Arbeitshosen bei mir decken.

Franz Gratz, Herren- u. Damenkonfektion, Pforzheim, Leop.-St. 7A, 11R.

Gibt der Preis das rechte Maß?
Nein, auf keinen Fall.
Billig ist nur Qualität.
Deshalb kauf Erdal!

Erdal

für die Schuhpflege

